

# Übersichten

## Außenpolitik

\* (1)

### Ambivalenz gegenüber dem neuen amerikanischen Präsidenten

Im Vorfeld der US-Wahlen hatte es in Beijing Diskussionen über den möglichen Ausgang und die daraus folgenden Konsequenzen gegeben. Im Endeffekt waren die chinesischen Analytiker zu dem Ergebnis gekommen, daß vermutlich Clinton gewinnen werde, obwohl aus chinesischer Sicht ein Sieg Bushs wünschbarer wäre.

Bereits Anfang September hatte das chinesische Außenministerium ein Geheimpapier ausgearbeitet, das Szenarien für die weiteren Beziehungen entwickelte, und dessen Inhalt - auf welchem Wege auch immer - nach Hongkong gelangte, wo er von der dortigen Tageszeitung *Zhengming* am 1. November 1992 abgedruckt wurde (Kurzfassung in SWB, 4.11.92). In dem Papier wurde zunächst einmal über den Beschluß der US-Regierung räsoniert, F-16-Jagdflugzeuge an Taiwan zu "verkaufen. Wie sollte Beijing auf diese "Provokation" reagieren?

Vorgeschlagen wurde, auf alle Fälle den *wirtschaftlichen* Interessen gegenüber Amerika Priorität einzuräumen und die politischen Bedenken notfalls hintanzustellen. Zwar gelte es, in aller Deutlichkeit gegen das amerikanische Vorhaben zu protestieren, doch müsse dafür gesorgt werden, daß auf keinen Fall die für Chinas Wirtschaft so substantiellen Handelsbeziehungen mit den USA gefährdet würden. Vor allem müsse verhindert werden, daß die Meistbegünstigung, die Washington der VRCh von Jahr zu Jahr neu einräumen muß, durch "additional conditions" erschwert werde.

Außerdem lasse sich das schlechte Gewissen der Amerikaner, das unweigerlich im Zusammenhang mit dem

Verkauf der F-16 aufkomme, durchaus auch zugunsten Chinas operationalisieren und auf die Mühlen der Verhandlungen über die Meistbegünstigung leiten. Darüber hinaus gewinne China ein günstiges Argument für die Begründung seiner eigenen Waffenverkäufe in die Dritte Welt.

Bei Bush, der in den späten 70er Jahren als Chef des "Verbindungsbüros" (einer Art vorgezogener Botschaft) in Washington tätig gewesen war, glaubten die chinesischen Politiker sicher zu sein, daß er die Meistbegünstigung für China aufrechterhalte und auch in die weitere Zukunft rette. Eine solche Sicherheit bestehe gegenüber Clinton vorerst nicht, zumal Clinton im Wahlkampf mehrere Male erklärt hatte, daß er der VRCh den MFN (most favored nation)-Status nur dann einräumen wolle, wenn die Chinesen entsprechendes Entgegenkommen in der Menschenrechtsfrage zeigten. Verständlich, daß die chinesische Führung angesichts solcher Unwägbarkeiten lieber einen erneuten Wahlsieg Bushs gesehen hätten. Darüber hinaus hatte Clinton während des Wahlkampfes auch noch angekündigt, er wolle für die Einrichtung eines "Radio Free Asia" sorgen, um auf diese Weise u.a. auch die Meinung des chinesischen Volkes zu beeinflussen. Auch dies hat ihm in Beijing nicht gerade Sympathien eingetragen.

Ungeachtet dessen sandte die chinesische Führung dem neugewählten Präsidenten Clinton Glückwunschbotschaften, wenn auch nicht gleich am Tag des Wahlsieges, nämlich dem 5. November, sondern erst am nächsten Tag, dem 6. November (XNA, 6.11.92). Die Beijinger Führung tröstete sich mit der Überlegung, daß Clinton, wenn er, wie er es im Wahlkampf versprochen hatte, wirklich "das amerikanische Haus in Ordnung bringen wolle", auf Wirtschaftsbeziehungen zu China nicht verzichten könne, und daß er deshalb auch künftig den Meistbegünstigungs-

status zugunsten der VR China aufrechterhalten müsse (in diesem Sinn ein Kommentar des Zentralen Chinesischen Rundfunks vom 10.11.92 in SWB, 13.11.92).

Beijing geht davon aus, daß die amerikanische Geschäftswelt auf die US-Regierung zunehmend in diesem Sinne Druck ausüben werde. Auch sonst zeigte sich allgemein eine Aufhellung in den Beziehungen zwischen China und den USA: Am 22. November nahm beispielsweise Haikou, die Hauptstadt der Provinz Hainan, mit dem amerikanischen Oklahoma Städtepartnerschaftsbeziehungen auf (XNA, 23.11.92), und Ende November besuchte Put Robertson, der Vorsitzende des "Board of the United States Media Corporation", die VR China, wobei immer wieder die amerikanische Hoffnung zum Ausdruck gebracht wurde, daß in Zukunft die Zusammenarbeit sich wieder verbessern möge (XNA, 28.11.92).

Sorgen bereitet der wachsende bilaterale Handelsüberschuß zugunsten Chinas, der sich seit 1987 laufend aufwärts bewegt. Belief sich das Verhältnis zwischen China-Exporten und US-Exporten 1987 noch auf rd. 6 bzw. 3 Mrd., so wuchs es 1988 auf 7:5, 1989 auf 13:6, 1990 auf 15:5 und 1991 auf 18:6 (AWSJ, 18.11.92) - kein Wunder, daß die Chinesen den amerikanischen Markt für strategisch so unentbehrlich halten und hoffen, daß er sich im Handel mit Europa wieder erholen möge: Nicht zuletzt aus diesem Grunde auch sprach das chinesische Außenministerium am 5. November sein offenes Bedauern darüber aus, daß die Verhandlungen zwischen den USA und der EG über beiderseitige Handelsprobleme zusammengebrochen seien (XNA, 6.11.92). -we-

\* (2)

### Die deutsch-chinesischen Beziehungen: Renormalisierung und Politik der leisen Töne (zum Besuch Außenminister Kinkels in Beijing)

Vom 31.10. bis 2.11.1992 besuchte Außenminister Klaus Kinkel die VR China. Kinkels Besuch war der erste eines deutschen Außenministers seit Generals Visite im Jahre 1988. Dazwischen ereignete sich das Tiananmen-Massaker vom 4. Juni 1989.

Anders als bei bisherigen Gesprächen auf Regierungsebene wurde die Menschenrechtsfrage diesmal nach außen hin nicht mehr in den Vordergrund gestellt, obwohl diese Frage, wie Kinkel betonte, ein "wichtiger Punkt" bei seinen Gesprächen, vor allem mit Ministerpräsident Li Peng, gewesen sei. "Individuelle Fälle" sollten künftig eher durch leise Gespräche angegangen werden als durch lautstarkes Auftreten.

Kinkels Besuch erfolgte in einem günstigen Augenblick: Im September war der 20. Jahrestag der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Beijing gefeiert worden, und außerdem hatte der XIV. Parteitag der KPCh im Oktober 1992 eine Stärkung der Reformkräfte mit sich gebracht, so daß nun wieder mehr "sozialistische Marktwirtschaft" möglich geworden war. Mit der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse aber könnte sich auch das politische Klima in der Volksrepublik entspannen - und damit nicht zuletzt auch die Menschenrechtssituation.

China und Deutschland haben aneinander erhebliches Interesse. Im Vordergrund steht der Wirtschaftsaustausch, doch sind beide Seiten auch daran interessiert, daß der jeweils andere eine stabilisierende Rolle in seiner Region einnimmt. Bonn will dazu beitragen, daß eine Macht wie China noch stärker als bisher in die Verantwortung der Völkergemeinschaft eingebunden wird.

Angesprochen wurden noch Themen wie die Wiederaufnahme Chinas ins GATT und Chinas Stellungnahme zur Vertretung der Bundesrepublik im UNO-Sicherheitsrat.

Bonn steht auf dem Standpunkt, daß nicht nur die VR China, sondern auch Taiwan in das GATT aufgenommen wird. Dies ändere allerdings nichts daran, daß Deutschland an seiner Ein-China-Politik festhalte.

Ärgernis in der VRCh hat nicht zuletzt der Taiwan-Besuch des deutschen Wirtschaftsminister Müllemann ausgelöst. Nachdem die französische Regierung jedoch beschlossen hat, den Verkauf von 60 Mirage-Flugzeugen an Taiwan zu genehmigen, erscheint das Bonner Verhalten in chinesischen Augen allenfalls noch als läßliche Sünde.

Kinkel stellte in diesem Kontext fest, daß die Bundesregierung keine Genehmigung für die Lieferung militärischer Güter an Taiwan erteilt habe, auch nicht, wie manchmal fälschlicherweise behauptet werde, für die Lieferung von U-Booten (XNA, 2.11.92).

Zum Anliegen Deutschlands, im Sicherheitsrat einen Sitz zu erhalten, nimmt die VR China offensichtlich positiv Stellung. Allerdings habe Beijing eigene Vorstellungen zur Neugestaltung der UNO-Organen und wolle diese erst mit den anderen Sicherheitsratsmitgliedern besprechen.

Die chinesische Seite wies immer wieder auf ihr Interesse an fortgeschrittener deutscher Technologie und an der Beteiligung deutscher Firmen an chinesischen Schlüsselprojekten sowie auch an Klein- und Mittelunternehmen hin (XNA, 3.11.92).

Wie Kinkel zum Abschluß seiner Gespräche nochmals betonte, wolle er sich dafür einsetzen, daß die deutschen Handelsbeschränkungen gegenüber der VR China noch im laufenden Jahr aufgehoben würden. Dieser Schritt erfolgte in der Tat durch den Bundestag bereits Anfang Dezember. Menschenrechtsfragen sollten die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Seiten nicht länger beeinflussen.

Das Verhalten Kinkels löste in Bonn Kritik aus. Der Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Voigt, stimmte dem Beijing-Besuch zwar prinzipiell zu, kritisierte aber zugleich, daß Kinkel kein einziges Mal öffentlich die Verletzung der Menschenrechte angeprangert habe. Er habe vor der chinesischen Regierung einen "Kotau" vollzogen.

Auch die Junge Union kritisierte Kinkels Normalisierungspolitik. Dies sei angesichts der "andauernden schweren Menschenrechtsverletzungen ein völlig falsches Signal", hieß es in einer schriftlichen Erklärung der JU-Bundesgeschäftsstelle. Die im Juni 1989 verhängten Handelseinschränkungen müßten aufrechterhalten werden. Eine Normalisierung könne es nur im Falle einer echten Demokratisierung geben, von der China aber noch weit entfernt sei (SZ, 4.11.92). "Mit Empörung" reagierten auch die Grünen im Bundestag.

Kinkel rechtfertigte sein Auftreten mit dem "schwierigen Spagat zwischen Menschenrechten und realpolitischen Notwendigkeiten". Er habe die Hoffnung gewonnen, daß mit China "normale, stetige, langfristig angelegte Beziehungen" wieder möglich geworden seien.

Kinkel wies darauf hin, daß China ein wachsender Faktor in der Weltwirtschaft sei, und zwar sowohl als Markt als auch als Lieferant. Die Europäer sollten daher Dynamik und Zeitmaß der Reformen in ihre Überlegungen und Urteile einbeziehen. Kritik übte der Außenminister an chinesischen Importkontrollen und an der Lizenzpolitik Beijings. Bonn erhoffe sich hier schnelle Verbesserungen - auch um den deutschen Exporten nach China, die in den ersten drei Quartalen erfreulicherweise bereits um 60% gegenüber dem Vorjahr zugenommen hätten, noch weiteren Auftrieb zu verleihen.

Die "Renormalisierung" der Außenpolitik gegenüber China verdient Beifall. Die Ereignisse vom 4. Juni 1989 und die Verletzung der Menschenrechte müssen zwar auf der Tagesordnung bleiben, doch sind sie auf eine andere Ebene zu verlagern. Auf der Ebene der "Staatsdiplomatie" sind sie "leise" anzugehen; läßt man die chinesischen Partner nämlich offen Gesicht verlieren, so erreicht man eher das Gegenteil. Es empfiehlt sich, das Menschenrechtsthema auf der "volksdiplomatischen" Ebene weiter zu erörtern, z.B. bei Seminaren, die etwa von politischen Stiftungen veranstaltet werden, bei Gesprächen mit chinesischen Juristen oder im Rahmen von Städtepartnerschaften.

Ohne Zweifel waren die Reaktionen der Welt, wie sie auf die Tiananmen-Ereignisse erfolgt sind, für die chinesische Führung schockierend und lehrreich. Es ist hier eine offene Wunde entstanden: Streut man offen Salz in sie hinein, so erreicht man nur wütende Reaktionen; hilft man dagegen auf stille Weise an der Heilung mit, so wird dies von der anderen Seite dankbar begrüßt. Die wirksamsten Heileffekte gehen am Ende wohl von einer schnell gesunden Wirtschaft aus. Wer in China Demokratie fördern will, unterstütze sein wirtschaftliches Gedeihen und die Einordnung Chinas in die Weltwirtschaft.

Kurz nach Kinkels Besuch reiste Rainer Brüderle, Wirtschaftsminister von Rheinland-Pfalz, in die VR China, um für sein Land weitere Wirtschaftsbeziehungen zu knüpfen (XNA, 15.11.92). Zur gleichen Zeit kam eine Delegation des Nationalen Volkskongresses der VR China in die Bundesrepublik und wurde dort u.a. von der Präsidentin des Deutschen Bundestags, Süßmuth, empfangen (XNA, 14.11.92).

Daß auch das alte maoistische China - trotz aller Westkontakte der Reformer - noch lange nicht verschwunden ist, zeigt ein längerer Artikel des Magazins *Dangdai sichao* vom 20. Oktober 1992 über die untergegangene DDR und über den "sterbenden alten Mann" Honecker, der als ein "Opfer" des Kapitalismus gelten müsse. Er sei von "Antipartei-Elementen der DDR in Zusammenarbeit mit der verräterischen Clique Gorbatschows aus dem Amte geworfen" worden. Inzwischen wird der "antifaschistische Kämpfer Honecker hinter Eisengittern gefoltert und einem ungerechten Verfahren unter schlimmen physischen Bedingungen unterworfen; vielleicht stirbt er im Gefängnis auch schon vor Beendigung des Verfahrens. Wir wünschen diesem respektablen Genossen mitzuteilen, daß alle Kommunisten und fortschrittlichen Persönlichkeiten in der Welt und alle aufrechten Menschen, die sich noch einen Funken von Gerechtigkeit bewahrt haben, ihm alles Gute wünschen." Als Honecker aus Moskau zurück nach Deutschland transportiert wurde, hätten entlang der Straße viele Leute mit Schildern gestanden, auf denen zu lesen war: "Honecker, bitte vergib uns!". Honecker sei "das Opfer der degenerierten Kräfte um Gorbatschow und Jelzin sowie all seiner früheren Freunde und Genossen". Honeckers Fall lehre eines: sein Schicksal zeige, wie es allen Kommunisten und fortschrittlichen Menschen nach der Restauration des Kapitalismus ergehen würde. Man spreche gern über "Humanität". Was davon zu halten sei, lehre der Fall Honecker. (Wiedergegeben in SWB, 13.11.92) -we-

\*(3)

#### Zhu Rongji auf Europareise

Der chinesische Stellvertretende Ministerpräsident Zhu Rongji, einer der großen Gewinner beim XIV. Parteitag, trat am 14. November eine Europareise

an, die ihn zwei Wochen lang durch fünf westeuropäische Länder, nämlich Großbritannien, Finnland, Dänemark, Schweden und Norwegen, führte. Zhu Rongji, früherer Parteichef von Shanghai, gilt als einer der führenden Reformen und vielleicht auch als künftiger ZK-Generalsekretär oder aber als Anwärter auf die Nachfolge Li Pengs als Ministerpräsidenten. Vor allem bei den Wirtschaftsreformen kommt seinen Plädoyers Gewicht zu. In diesem Zusammenhang ist auch seine Europa-reise zu sehen: Erfahrungs- und Prestigegewinn dürfte wohl die Doppelüberlegung hinter seiner Reise gewesen sein.

Seine Gesprächspartner ließen ihn wissen, daß sie den Eintritt Chinas ins GATT befürworteten. Zhu fand mit seinen Ausführungen über die chinesische Reformpolitik überall interessierte Zuhörer. China sei bereit, von den westlichen Marktwirtschaften zu lernen - dies etwa war das Motto seiner Reise. In London sprach er sich in ungewöhnlich scharfer Form gegen die Hongkong-Politik des neuen Gouverneurs Patten aus.

Darüber hinaus mißbilligte er mehrere Male die Ankündigung der französischen Regierung, die Lieferung von 60 Mirage-Jagdflugzeugen an Taiwan zu genehmigen. (XNA, 15.-30.11.92) -we-

\*(4)

#### Der chinesische Ministerpräsident in Vietnam

21 Jahre nachdem Zhou Enlai zum letzten Mal eine chinesische Delegation nach Vietnam geführt hatte, kam am 30. November 1992 wieder ein chinesischer Ministerpräsident in die SRV. Die fünftägige "Goodwill"-Reise Li Pengs sollte weitere Zeichen der Annäherung setzen, ließ nebenbei aber auch erkennen, daß es zwischen den beiden Nachbarländern nach wie vor eine Reihe heikler Probleme gibt, vor allem im Bereich jener Meereszone, die von den Vietnamesen "Ostmeer", von den Chinesen aber "Südchinesisches Meer" genannt wird. Näheres dazu als Thema im vorliegenden Heft. -we-

## Innenpolitik

\*(5)

### Informeller politischer Beraterkreis: Deng Xiaopings Spitzenrolle bestätigt

Einem Artikel des *Zhengming*-Korrespondenten Luo Bing zufolge trat das neu zusammengesetzte 22köpfige Politbüro des ZK der KPCh vom 20. bis 21. Oktober 1992 zu einer Sitzung zusammen, um sich mit verschiedenen innen- und außenpolitischen Themen zu beschäftigen. An der Sitzung nahmen auch folgende neun Politiker teil, die formell nicht dem Politbüro angehören, jedoch immer noch politisch sehr einflußreich sind:

- Zhang Zhen (1914), stellvertretender Vorsitzender der ZK-Militärkommission
- Yang Shangkun (1907), bis zum XIV. Parteitag Politbüro-Mitglied
- Wan Li (1916), NVK-Vorsitzender und bis zum XIV. Parteitag Politbüro-Mitglied
- Yao Yilin (1917), stellvertretender Ministerpräsident und bis zum XIV. Parteitag Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros
- Song Ping (1917), bis zum XIV. Parteitag Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros
- Bo Yibo (1908), bis zum XIV. Parteitag stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Beraterkommission
- Song Renqiong (1909), bis zum XIV. Parteitag stellvertretender Vorsitzender der Zentralen Beraterkommission
- Wu Xueqian (1921), stellvertretender Ministerpräsident und bis zum XIV. Parteitag Mitglied des Politbüros
- Qin Jiwei (1914), Verteidigungsminister, Staatsratskommissar und bis zum XIV. Parteitag Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros. (Dongxiang, November 1992, S. 6)

Das erweiterte Politbüro beschloß laut o.g. genannter Hongkonger Quelle, daß bei allen künftigen "wichtigen" Tagungen und Sitzungen der Parteizentrale auch noch folgende sechs Politiker teilnehmen sollten, die im Oktober